

Sozialdemokrat

Einzelpreis 70 Heller
(einschließlich 5 Heller Post)

ZENTRALORGAN
DER DEUTSCHEN SOZIALDEMOKRATISCHEN ARBEITERPARTEI
IN DER TSCHECHOSLOWAKISCHEN REPUBLIK

ERSCHEINT MIT AUSNAHME DES MONTAG TÄGLICH FRÜH. REDAKTION UND VERWALTUNG PRAG XII., FOCHOVA 62. TELEFON 53077. ADMINISTRATION TELEFON 53076.
HERAUSGEBER: SIEGFRIED TAUB. CHEFREDAKTEUR: WILHELM NIESSNER. VERANTWORTLICHER REDAKTEUR: DR. EMIL STRAUSS, PRAG.

14. Jahrgang

Mittwoch, 17. Oktober 1934

Nr. 243

Wahlsieg der norwegischen Arbeiterpartei

Oslo. Am Montag fanden in ganz Norwegen Gemeindevahlen statt, an denen alle politischen Parteien, die Konservativen unter anderen Bezeichnungen, z. B. als bürgerliche Einheitsgruppe, teilnahmen.

Noch liegen endgültige Berichte nicht vor. Nach den bisher eingelaufenen Meldungen hat die Arbeiterpartei einen bedeutenden Gewinn erzielt, in der Hauptstadt wird sie möglicherweise die absolute Mehrheit bekommen.

Die norwegische Arbeiterpartei ist eine streng marxistische Partei. Der „sterbende Marxismus“ hat ein sehr merkwürdiges Lebenszeichen gegeben. Er erobert mehr und mehr eines der nordischsten Völker.

Bei den Gemeindevahlen im Jahre 1931 erhielt die Arbeiterpartei auf dem Lande 35,5 Prozent, in den Städten 40,17 Prozent der Stimmen. Im Vorjahre erzielte die Partei bei den Parlamentswahlen bekanntlich einen sehr großen Erfolg. Man sah den Gemeindevahlen mit großer Spannung entgegen: sie mußten zeigen, wie sich seit den Parlamentswahlen die Arbeiterpartei in der Bevölkerung behauptet hatte. Selbstverständlich hofften die Bürgerparteien, die Sozialisten zurückzudrängen. Sie haben sich getäuscht.

Für 230 Millionen öffentliche Arbeiten

Arbeitsbeschaffungsprogramm des Fürsorgeministeriums — Heranziehung der schon länger Arbeitslosen — Beschäftigung der Jugendlichen — 40stündige Arbeitswoche bei staatlichen Aufträgen

Montag sprach eine Abordnung der beiden sozialdemokratischen Parteien und der gemeinsamen Landeszentrale der freien Gewerkschaften beim Fürsorgeminister Genossen Dr. Reichner vor, um ihm die Wünsche der Arbeiterschaft auf dem Gebiete der Arbeitsbeschaffung und Arbeitslosenfürsorge vorzutragen. Die Mitglieder der Abordnung setzten dem Minister die durch die langandauernde Massenarbeitslosigkeit geschaffene Situation auseinander und beschäftigten sich insbesondere mit der Notwendigkeit.

Für die Finanzierung gemeinnütziger Arbeiten Sorge zu tragen, da die Selbstverwaltungskörper nicht mehr in der Lage sind, die Mittel hierfür aufzubringen. Sie verwiesen ferner auf die Schädigung der Arbeitslosen durch die trotz der Arbeitslosigkeit andauernde Heberfundenarbeit und brachten eine Reihe von Wünschen hinsichtlich der Durchführung öffentlicher Arbeiten und der Kontrolle der Arbeiterschutzmassnahmen überhaup vor.

Der Minister erklärte der Abordnung, daß er sich mit allen diesen Problemen bereits eingehend beschäftigt und ein Programm ausgearbeitet habe, das er sodann entwidelt.

Wir geben den wesentlichen Inhalt der Darlegungen des Genossen Reichner im nachstehenden wieder:

Um den Gemeinden und Bezirken, welche die notwendigen Eigenmittel nicht aufbringen können, die Durchführung von Notstandsarbeiten zu ermöglichen, hat die Regierung auf Anregung des Ministers für soziale Fürsorge beschlossen, einen Betrag von 45 Millionen Kč bereitzustellen, aus welchem

den Bezirken und Gemeinden Darlehen für gemeinnützige Arbeiten

gewährt werden sollen. Auf diese Weise können Arbeiten mit einem Gesamtaufwand von 230 Millionen Kč durchgeführt werden.

Dazu sollen vor allem die Arbeitslosen herangezogen werden, die besonders lange unter der Arbeitslosigkeit leiden.

15 Prozent der so eingestellten Arbeitslosen sollen der arbeitslosen Jugend entnommen werden. Bei Durchführung größerer Arbeiten in Bezirken mit geringer Arbeitslosigkeit sollen Arbeiter aus den von der Arbeitslosigkeit besonders schwer betroffenen Bezirken herangezogen werden, und zwar entweder in der Form freiwilliger Arbeitslager oder auf Grund behördlicher Zuweisung. Durch abwechselnde Beschäftigung soll einer möglichst gro-

ßen Anzahl von Arbeitslosen Arbeitsgelegenheit geboten werden.

Ähnliche Maßnahmen sind auch bei den von der staatlichen Eisenbahnverwaltung, vom Ministerium für nationale Verteidigung, vom Landwirtschaftsministerium und anderen Zentralbehörden durchzuführenden Arbeiten geplant.

In jenen Gemeinden und Bezirken, welche auch die Möglichkeit der Darlehensaufnahme nicht ausnützen können, will der Minister im Einvernehmen mit dem Ministerium des Innern dahin wirken, daß durch Mitwirkung der vermögenden Bürger Notstandsarbeiten durchgeführt werden, zu welchen das Ministerium für soziale Fürsorge aus dem Titel der produktiven Arbeitslosenfürsorge beitragen wird.

Der Minister teilte ferner mit, daß er eine Enquete der Arbeitnehmer und Arbeitgeber über die Möglichkeit der Behebung der Baubewegung

abgehalten habe, in welcher die Wünsche legislativer und administrativer Natur vorgetragen wurden.

Paris. Silvester Malny, der am Montag in Melun verhaftet worden war, gab beim Verhör an, daß er Mio Kralj heiße und am 17. September 1908 in Koprovic in Jugoslawien geboren wurde.

Das Verhör dauerte die ganze Nacht an. Schließlich gestand Kralj ein, daß er an der Verschönerung gegen König Alexander beteiligt war. Er sei mit dem Mörder Kelemen-Georgijew in Marseille beisammen gewesen und habe den Befehl erhalten, an seine Stelle zu treten, falls Kelemen im letzten Augenblick daran verhindert sein sollte, das Attentat auszuführen.

Kralj hat auch eingestanden, daß die drei Gepäckstücke mit Waffen, Kleidern und Papieren der an dem Marzeiller Verbrechen beteiligten Terroristen, die in der Garderobe des Lanjaner Bahnhofs hinterlegt waren und am Montag von der Geheimpolizei geöffnet wurden, ihm gehören.

Spätere Berichte besagen, daß das Geständnis Malny-Kraljs sich in vollem Umfang mit den Geständnissen Bened-Kajtil und Novak-Pospidils deckt.

daß sie nämlich Budapest mit ungarischen Pässen verließen und sich am

den, die der Minister schrittweise zu verwirklichen beabsichtigt.

Bei allen staatlichen Aufträgen soll die vierzigstündige Arbeitswoche strengstens eingehalten werden. Die Arbeitgeber bzw. die öffentlichen Bauvertrager sollen verpflichtet werden, um so viel mehr Arbeitskräfte neu einzustellen, als dem Werte des Staatsauftrages bzw. der bewilligten Subvention entspricht. Diese Arbeiter sollen eventuell in Beschäftigungen beschäftigt werden. Die näheren Einzelheiten sind mit dem Betriebsausschuß bzw. den Vertrauensmännern der Arbeiter zu vereinbaren.

Bei allen öffentlichen Arbeiten sind vor allem Arbeitslose zu beschäftigen, insbesondere solche, welche Unterstützung beziehen. Bei der Auswahl ist auf die Dauer der Arbeitslosigkeit, die Vermögens- und Familienverhältnisse Rücksicht zu nehmen. Auch hier sind 15 Prozent Jugendliche einzustellen. Die Aufnahme der Arbeiter darf nur durch die öffentliche oder gewerkschaftliche Arbeitsvermittlung erfolgen. Maschinelle Einrichtungen, durch welche Arbeitskräfte überflüssig werden, sollen nicht verwendet werden. Es darf nur inländisches Material verwendet werden.

Die Kontrolle über die Einhaltung dieser Vorschriften, sowie auch über die Zahlung der vertraglichen Löhne und

die Einhaltung der kollektivvertraglichen Bestimmungen

soll nicht nur von den Organen der Gewerbeinspektion, sondern auch von den Organen der technischen Bauaufsicht durchgeführt werden. Übertretungen sollen streng, im Wiederholungsfall mit Strafen bis zu 50 Prozent des Versicherungspreises oder der Subvention geahndet werden.

Der Minister erklärte auch, daß er einen Ausbau der Gewerbeinspektion, insbesondere auch durch Heranziehung von Arbeiter-Inspektoren, plant. Zu diesem Zwecke wurde die einschlägige Budgetpost erhöht.

Der Minister teilte ferner mit, daß in dem Staatsvoranschlag für das kommende Jahr die Uebernahme der Staatsgarantie für Darlehen zur Durchführung gemeinnütziger Arbeiten bis zum Betrage von 50 Millionen Kč vorgesehen ist.

Zu den Beschwerden über das Ueberstundenwesen erklärte der Minister, daß er die Erlassung strenger Vorschriften in dieser Richtung vorbereitet.

Die Arbeiteröffentlichkeit wird dieses Programm des Fürsorgeministers sicherlich mit großer Genugtuung zur Kenntnis nehmen.

Die Sozialdemokratie und die freien Gewerkschaften werden für die Verwirklichung dieser Maßnahmen, deren Durchführung zweifellos wesentlich zur Milderung der Arbeitslosigkeit beitragen kann, alle ihre Kräfte einsetzen.

Auch Malny-Kralj gesteht

Gemeinsame Abreise der Verschworenen von Budapest

26. September in Zürich mit Graf Kelemen-Georgijew und dem von der Schweizer Polizei fieberhaft gesuchten Hauptdelegierten Pavelic, Kraemer-Kvaternik, trafen. Von Zürich fuhren sie alle nach Lausanne, wo sie sich im Hotel als Ungarn eintrugen. Von Lausanne begaben sie sich mit tschechoslowakischen Pässen in zwei Gruppen über Wien, bezw. Thonon nach Frankreich. Am 28. September trafen sie in dem nach Paris fahrenden Zuge neuerlich zusammen.

Was das Marzeiller Attentat anbelangt, behauptet Kralj, daß er vor dem Attentat in Gesellschaft Kelemen war und daß er im letzten Augenblick gezögert habe, das Attentat auszuführen. Er konnte „Unschuldige töten“, durchzuführen. Er habe auch Kelemen überreden wollen, der aber in Wut geraten sei und ihm gedroht habe, er werde ihn erschlagen. Er habe daraufhin Kelemen verlassen und behauptet, in dem Augenblick, da Kelemen das Attentat verübte, nicht mit diesem gewesen zu sein.

Auf Grund des Geständnisses Malnys entdeckte die Polizei in dem Hotel in Aix, in dem die Verschwörer schliefen, in einem Strohsack einen Revolver und zwei Bomben. Die gefundenen Bomben waren den bei dem Mörder Kelemen vorgefundenen Bomben ganz ähnlich.

Ein Verärgerter spricht...

Mayr-Harting gegen Šramek

„Nichts leichter für einen Vertreter der Opposition, als der Regierung und Mehrheit ein langes... Sündenregister vorzubringen...“ Also begann Mayr-Harting sein politisches Referat auf dem christlichsozialen Landesparteitag in Teichern. Er hat dann aber doch der Aufgabe leichteren Teil gewählt. Denn seine Rede ist erfüllt von oberflächlichem oppositionellen Gerangel. Nichts, garnichts hat die gegenwärtige Regierung dem christlichsozialen Exminister recht gemacht, denn sie leidet an einem Geburtsfehler, den ihr Herr Mayr-Harting nie vergeben wird, nämlich daran, daß für ihn, trotz verzweifelter Anstrengung und Anbiederung, kein Ministerstuhl mehr frei blieb.

Nun spielt Herr Mayr-Harting die gestränkte Leberwurst. Er, der deutsche Bürgerblockminister, beklagt sich über den „systematischen Abbau der Demokratie“, über die Verschärfung des Schutzgesetzes, über die Ernennungen in den Gemeinden. Ohne zwingende Not, nur aus antidemokratischer Gesinnung heraus hat er seinerzeit Verwaltungsreform und Gemeindefinanzgesetz beschlossen, in Bezirken und Ländern das System der Ernennungen eingeführt. Heute mag es Mayr-Harting, ohne schamrot zu werden und ohne um den letzten Rest seines politischen Credits besorgt zu sein, sich zum Ankläger wider die Rotwehmaßnahmen aufzuspielen, welche in der Abwehr des faschistischen Terrorismus ergriffen werden mußten! Doch Bürgermeister abgesetzt wurden, daß die Gemeinde-Autonomie geschmälert worden ist, daran ist nach der Meinung eines deutsch-christlichen Parteiführers nicht die Bankrotteuropolitik der Krebs und Jung schuldig, das erklärt er sich wider bessere Wissen den deutschen Sozialdemokraten zum Vorteil zu machen. Herr Mayr-Harting hat sich mit dieser Argumentation auf das geistige und moralische Niveau jedes Dugendwärters der Heimatfront begeben.

Besonderes Gewicht scheint Herr Mayr-Harting darauf zu legen, als Wirtschaftspolitiker nicht ernst genommen zu werden. Er wertet über das Defizit im öffentlichen Haushalt. Er ist gegen die Sparungsmaßnahmen, aber auch gegen neue Steuern. Wie will er das Defizit überwinden? Beileibe nicht durch Kreditoperationen. Die Devaluation der Währung war auch schlecht. Also was will Herr Mayr-Harting eigentlich? Ja, die Militärlasten haben es ihm angetan! Zur Zeit des Bürgerblocks hatte der brave Mann gegen den Küstungsfonds und gegen die Dienstzeitverlängerung nichts einzuwenden. In einem Augenblick, aber, da Hitlerdeutschland bis an die Zähne aufrüstet, Ungarn in Eldorado für Terroristen und Oesterreich ein Aufmarschgebiet für Mussolini geworden ist, geht Mayr-Harting unter die Pazifisten. Der Tschechoslowakei gibt er so nebenbei einen guten Rat: sie möge den europäischen Protokollen beitreten und sich damit unter die Patronanz Mussolinis und des Vatikans begeben.

In Oesterreich und Ungarn, beide unter gut christlicher Herrschaft, bemerkt man allerdings von dem neuen Wohlstand, begründet durch italienische Präferenzen, noch verteilte wenig. Ein Blick auf die jammervollen wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse dieser christianisierten Nachbarländer hätte dem christlichsozialen Exminister die Deplacitheit seines oppositionellen Geredes wenigstens ahnen lassen müssen. Neben der Wirtschaft der gut christlichen Diktatoren in Oesterreich und Ungarn können sich die Leistungen unseres demokratischen Regimes aber schon auf allen Gebieten sehen lassen! Wen will Mayr-Harting treffen, wenn er über den Niedergang des Exports zetert? Die Autarkiepolitik Dörsers? Nein. Die gebaute rote-grüne Koalition in der Tschechoslowakei. Und dabei muß er auf die geistige Beschränktheit seiner Zuhörer spekulieren, wenn er von einer rot-grünen Koalition spricht. Dieser Koalition gehört auch die tschechische Bruderpartei der deutschen Christlichsozialen an. Sie trägt für die Taten und Unterlassungen der Regierung zum mindesten soviel Verantwortung wie die deutschen Sozialdemokraten. Warum hält sich Mayr-Harting nicht an Kollegen Šramek?

Erfolg der französischen Konsolidierungsanleihe

Paris. Die Zeichnung der inneren Konsolidierungsanleihe des Staatsschatzes wird Ende der Woche geschlossen werden. Die Anleihe hat einen sehr großen Erfolg. Bisher ergaben die Zeichnungen den Betrag von 8.750 Millionen Franken.

Oder sollte in der Form einer antimarxistischen Rede ein verheerender Angriff gegen die tschechische Volkspartei geführt werden?

Natürlich meldet sich der christliche Parteiführer zu den Antimarxisten. Der traurige Ruhm der Starbemberg und Schuchnig scheint ihn nicht schlafen und sogar vergessen zu lassen, daß in den reichsdeutschen Konzentrationslagern katholische Politiker neben Marxisten sitzen. Frei nach Goebbels ruft Marx-Garting aus: „Der Marxismus ist tot. Es lebe der Sozialismus.“ Was ihn aber nicht hindert, einige Minuten später zu sagen: „Wir sind sozial, aber nicht sozialistisch.“ Wofür will er also den Sozialismus leben lassen? Für die nächste Abkühlung im Zeichen eines christlichen Rentenregimes?

Vorläufig übt sich der abgetaulete Bürgerblodminister nur in sozialer Demagogie. Heuchlerisch beklagt er die „rückwärtslose Märgung der Arbeitslosenunterstützung“, die Verschlechterung der Sozialversicherung“. Welche Verschlechterung meint er denn da? Jene, die von den deutschen Christlichsozialen zur Zeit des Bürgerblods mitbestritten und durchgeführt wurde? Oder meint er damit — um bei der Sozialversicherung zu bleiben — die gerade in Gang befindliche Rentenaufbesserung für 150.000 Sozialversicherungsberechtigter? Was die Arbeitslosen-Unterstützung anbelangt, ist die Unterstützungssumme nach dem Genter System heute noch doppelt bis dreifach so lang und der Staatsbeitrag doppelt so hoch wie während seiner eigenen Ministerzeit. Marx-Garting bersteht es gut, heisende Selbstkritik zu üben.

Dr. Czech hat einmal gesagt, im Verhältnis zu dem, was in der Regierungszeit der deutschen Christlichsozialen geleistet wurde, seien die deutschen sozialdemokratischen Regierungsleistungen ein Himalaja. Marx-Garting macht aus dieser Leistung einen „bescheidenen Maulwurfshäufchen“. Wenn auf fremde Kosten geht, kennt er sogar Bescheidenheit...

Diese Demagogie scheint aber einem jugendlichen Sprecher des Parteitages, Schubert, denn doch zu arg geworden zu sein. Bei der Verhandlung des Jugendproblems fand er die passende Form, um seine Meinung über die Leistungen Dr. Czechs und indirekt über die Tiraden Marx-Gartings zu sagen, indem er erklärte:

„Es ist ein Widerspruch, auf der einen Seite die demokratische Erziehung der Schuljugend zu fördern und auf der anderen Seite die bereits vorhandenen Anlässe positiver Mitarbeit der politisch mündigen Jugend beider Völker auf sozialem Gebiete, die unter Minister Czech so beherzigt worden sind, zu ignorieren.“

Dieser Stief sah nicht schlecht. Unter der Ministerzeit Dr. Czechs gab es einen verheißungsvollen Beginn. Vorher, unter Marx-Garting, und das scheint auch die Meinung eines jungen christlichsozialen Politikers zu sein — nicht einmal einen Maulwurfshäufchen!

„Ihr laßt den Armen schuldig werden...“

Scharfes Vorgehen gegen den wilden Bergbau Unfähigkeit gegen den Hunger

Wir haben schon einmal auf die Verwaltungskunst der nordwestböhmischen Bürokratie hingewiesen, die mit den rabiatesten Methoden den wilden Bergbau bekämpft, aber den Menschen nicht sagt, wovon sie leben sollen. Nunmehr hat die Tepliker Bezirksbehörde in einem — von der „Freiheit“ bereits veröffentlichten — Erlaß neuerlich das Verbot des wilden Bergbaues ausgegeben und das Vorgehen begründet. Es heißt in dem Erlaß:

Als Begleiterscheinung der Wirtschaftskrise und Auswirkung der langandauernden Arbeitslosigkeit entwickelte sich in den Kohlengebieten unbefugter Bergbaubetrieb auf den aufgelassenen Gruben, genannt „Wilder Bergbau“. Sein letzter Umfang und die Art der Durchführung schädigt nicht nur äußerlich die Eigentums- und Besitzrechte der privaten Besitzer von Gruben, Grubenmägen und dasugehörige Grundstücke,...

Die Bezirksbehörde Tepliz-Schönanau scheint aber doch zu empfinden, daß die Eigentums- und Besitzrechte der Kohlenbarone in dieser Zeit kein sehr wirksames soziales Argument sind, und stellt daher fest, daß der wilde Bergbau nicht nur diese gefährdet. Sondern er

gefährdet auch bedeutend das öffentliche Interesse und die öffentliche Sicherheit (Lebensgefährdung der wilden Bergbauer, deren Mitarbeiter und der rechtmäßig in der Nachbarschaft der wilden Schächte arbeitenden Bergleute legaler Schächte, Gefährdung der Sicherheit der Gebäude und Kommunikation durch Unterfahrung und Unterbauung u. dgl.)

Ein rührendes Interesse, das man unter anderen Verhältnissen geradezu als human bezeichnen könnte. Merkwürdig nur, daß den Bürokraten solche Gedanken nie kommen, wenn sie wirklich einer hungernden Kreatur helfen könnten, sondern stets dann, wenn sie einen, um ihm das Leben zu retten, zum Hungertode verurteilen! Die Bezirksbehörde aber macht auch noch darauf aufmerksam, daß der Kohlenhandel und durch Steuerhinterziehung die Staatsfinanzen geschädigt werden. Nun, beiden wird nicht aufgeholfen werden, wenn man den wilden Bergbau und den wilden Kohlenhandel unterdrückt. Denn wie wir schon einmal geschrieben haben: die armen Leute, die als Abnehmer der Arbeitslosen-Kohle in Frage kamen, werden nun keineswegs die teure und richtig versteuerte Kohle kaufen, sondern sie werden eben frieren. Genau so wie es ein Jermian der Wirtschaftspolitiker ist zu meinen, daß durch die Einschränkung der Margarine-Erzeugung der Vorkonsum, oder durch das Verbot des Pilzessens der Fleischverbrauch steigen könnte.

Seigen kann bei all dieser Verwaltungskunst und resoluten Wirtschaftspolitik nur eines — der Hunger.

Mit dem Hunger aber alle jene sozialen und kulturellen, politischen und polizeilichen Probleme, die nun einmal auf dem Nährboden der Krise gedeihen und deren Aktualität und die Neuigkeiten jedes Tages bestätigen!

Der Erlaß der Tepliker Bezirksbehörde schließt:

Schließlich macht die Bezirksbehörde darauf aufmerksam, daß die Erfolglosigkeit der Geld- oder Ersatzarreststrafe dazu zwingt, daß den beim wilden Bergbau oder beim ungesetzlichen Kohlenhandel betretenen Tätern neben der Kohle auch alle Erzeugnisse, Förderungs- und Zufuhrmittel (Wegeln, Rollbäume, Handwagen u. dgl.) werden abgenommen werden.

Man hat bisher nicht gehört, daß die Behörden gegen kapitalistische Steuerhinterziehung so energisch vorgegangen wäre. Den armen Teufeln die Wägelchen und ihre Seile zu nehmen, das ist wahrhaftig keine Kunst und wird den Staat und die Gesellschaft nicht reicher machen. Wenn wir aber fordern wollen,

Wie wirtschaftet der Landeskulturrat?

Parteilichtlicher Mißbrauch der Mittel

Das Finanzministerium hat für die durch die Mägen betroffenen Gebiete einen außerordentlichen Hilfsbeitrag bereitgestellt, welcher eine Sonderdotation der Elementarfonds der Landeskulturräte darstellt. In Böhmen beträgt der Zuschuß ungefähr 70 Millionen Kronen. Bei der Durchführung der Unterstützungsaktion haben sich in einzelnen Bezirken sonderbare Vorgänge abgespielt, welche Genosse S. a. l. a. in der Landesvertretung zur Kenntnis brachte.

In Weletsch im Bezirke Robernsam hat das landwirtschaftliche Kasino verlangt, daß die Anweisungen zur Notstandsilfe lediglich beim Kasino auszuweisen sind. Und es nebenbei wurde erklärt, daß nur Mitglieder des Bundes der Landwirte Anspruch auf Notstandsilfe hätten. Die Herren vom Kasino mußten durch die Bezirksbehörde belehrt werden. In der Gemeinde Rudin mußte erst Beschwerde gegen den landwirtsch. Vorsteher eingebracht werden, weil er die Kundmachung über die Anmeldung zur Notstandsunterstützung nicht ordentlich verlautbart hatte.

In der Gemeinde Hertine bei Tepliz wurden nur bei ihren Mitgliedern Schadenerhebungen angesetzt.

In der Gemeinde Brunnersdorf bei Raasdorf sind die Mitglieder des Bundes der Landwirte von Haus zu Haus gegangen und haben Bestellungen auf Mais entgegengenommen.

wobei sie erklärten, daß ihnen böhmer Mais von der Regierung zur Verfügung gestellt wird, und zwar nur für die Mitglieder des Bundes der Landwirte.

Den Mitgliedern des Kleinbauern-Verbandes wurde erklärt, daß sie von der Zuteilung ausgeschlossen seien. Es mußte vom Abgeordneten V. e. b. l. interveniert werden, damit auch die Kleinbauern zu den Gemeinde- und Bezirkskommissionen hinzugezogen werden.

Zu einer Weisung des Landeskulturrates, die sich mit der Durchführung der Notstandsaktion befaßt, nahm Genosse S. a. l. a. ebenfalls kritische Stellung.

Ein Passus dieser Weisung lautet: „Unterstützt können werden: 1. Landwirte, 2. Nichtlandwirte, sofern sie grundsteuerpflichtig, wirtschaftlich schwach und einer besonderen Hilfe bedürftig sind.“

ten, daß man wucherischen Bankiers, gewissenlosen Wirtschaftsführern, Schiebern und Preistreibern ihre Autos auf der Straße wegschleppen, ihnen die Klubsessel unter den Hintern wegziehen, ihnen die Uhren und Brillanten kurzzerhand abnehmen sollte, dann würde die ganze Öffentlichkeit, die das sehr fadenstimmige Argument von der Berechtigung des Raubes an den Hungernden ruhig hinnimmt, über die Verletzung des heiligen Eigentumsrechtes aufschreien!

Nein — so löst man die soziale Frage, so löst man die Krisenprobleme nicht.

Mehr Brot, mehr Lebensmittelformen in das Bergbaugbiet, vor allem aber Arbeit für die verzweifelnden Menschen, denen man nichts als zu verkümmern erlaubt, das wäre ein Beweis von Verwaltungsfähigkeit.

Was jetzt geschieht, beweist nur, daß die Bürokraten à la Amtshauptmann Wehrhahn nicht ausgestorben sind, von dem die Ritter Wulffen sagt: Da ich ich durch mein Hühnerauge mehr als der durch sein Glasauge...

Was geschieht mit den tausenden von Kleinbürgern, die keinen eigenen Besitz haben und daher nicht grundsteuerpflichtig sind?

Sie wollen wohl leer ausgehen? Gerade diese Schicht der ländlichen Bevölkerung trifft doch die Mägen am härtesten. Es muß also eine Revision der Richtlinien verlangt werden in dem Sinne, daß auch diese Kreise in die Aktion miteinbezogen werden.

Eine überflüssige Anfrage an Hacker

Der „Mladý Benkov“, das Organ der tschechisch-agrarischen Jugend in dem der Landbundjugendführer S. a. d. e. r. noch vor nicht allzulanger Zeit verstorben war, hat die deutsche Landjugend dem Anschluß an Deutschland endgültig entzogen und die tschechoslowakische Jugend bis in alle Konsequenzen als ihr Vaterland angesehen, hat angeführt der Heinekebegeisterung Saders und der Verhaftung seiner Mitarbeiter Schmidt und S. i. n. l. e. r. an Hacker neuerdings einen offenen Brief gerichtet, in dem es heißt:

„Da es uns nicht gleichgültig ist, was in den Reihen der jungen Generation geschieht, an deren Spitze Sie stehen, ob sie nämlich agrarisch oder fakultärentlich ist, aktivistisch oder staatsfeindlich, und Ihre frühere Erklärung Sie moralisch wie politisch verpfändet, fordern wir Sie auf, der jungen tschechoslowakischen Generation, vornehmlich der agrarischen, eine offene Aufklärung zu geben.“

Wir können den tschechischen Agrariern schon heute verraten, was für eine Antwort sie bekommen werden: selbstverständlich eine zu 100 Prozent lokale und staatsfreie. Wenn der Herr Heineke bei jeder Gelegenheit vor Loyalität überflüssig, warum sollte es sein gelehriger Schüler Sader nicht auch treffen? Aber zwischen Medien und Handeln dürfte da wohl doch ein verdammt Unterschied sein, den schon die Spähen von den Dächern pfeifen und den nun auch die tschechischen Agrarier schon langsam begreifen sollten!

Böhmische Landesvertretung. Der Landespräsident eröffnete die Dienstagssitzung mit einem Nachruf für den verstorbenen Präsidenten P. o. i. n. c. a. r. e. Die Landesvertretung setzte hierauf die Spezialdebatte über das Landesbudget fort.

23

BRUNO ADLER: KAMPF UM POLNA EIN TATSACHENROMAN

Copyright 1934 by Michal Kacha Verlag, Prag XIX

Die Phrase vom „blutleeren Leidnam von Polna“ sei ein Unfuss und eine Lüge, die Verdächtigung des Kantors Kurzweil verleumderisch. Die Berichterstattung dieses Blattes diene ausschließlich der Hehe. Im Falle eines Verbrechens die Wahrheit zu erforschen, dazu sei das Gericht berufen, nicht aber eine Zeitung, deren Herausgeber und Redakteure wegen Bestechung, Betrug usw. verurteilt sind. Ein Heheblatt habe nicht die Aufgabe, dem Untersuchungsrichter die heikle Mission der Wahrheitsfindung abzunehmen; selbst dann nicht, wenn sich ein Journalist der Gemeindefunktionäre als Hilfsorgane bedient.

In diesen Tagen wandert auf der Triester Reichsstraße, wenige Kilometer von Wien, ein schlecht gekleideter, fremdartig aussehender Mann mit schwarzem Bart, ein Bündel in der Hand, auf dem Rücken einen kleinen Koffer mit einem Koststopp darüber. Es ist ein Franzose namens Rousseau, Bahnarbeiter. War beim Bau der sibirischen Eisenbahn tätig und kommt von Ungarn, um weiter gegen Westen zu ziehen. Er trifft einen Haufen Schulknir. Die Kinder starren den Mann an, ihre Phantasie verknüpft sein fremdartiges Aussehen und die Schüssel auf seinem Rücken, zu der doch sicherlich auch ein Messer gehört, mit mancherlei Gerüchten. Sie rufen: „Der Jud, das ist der Jud, er will uns abschlagen!“ Steine fliegen hinter dem Mann her. Ein paar Knaben rennen nach der Fiegelei in der Nähe und schreien atemlos: „Schnell! Der Jud ist da, der unser Blut haben will! Am Rücken hat er die

Schüssel!“ Die Ziegelarbeiter laufen gleich auf die Straße, fallen über den Franzosen her und schlagen mit Häuten, Stöcken, Ochsenziemern, Scheibhandeln und was sonst zur Hand ist auf ihn ein, reißen ihn zu Boden, als er davonläuft, treten ihn mit Füßen und lassen den Ohnmächtigen blutend liegen, nachdem sie ihm die Schüssel zertrümmert haben. Später wird er ins Waidlinger Spital gebracht, mit ein paar zerbrochenen Rippen und schweren Verletzungen am Kopf. Wenn er Glück hat, wird er nach ein paar Wochen imstande sein, seinen Weg fortzusetzen.

Die Arbeiter werden angezeit und sagen vor Gericht auf die Frage, ob sie denn wirklich den Kindern geglaubt hätten, übereinstimmend aus: Gewiß, das hätten sie schon oft gehört und in der Zeitung gelesen, daß die Juden Kinder schlachten. Die Kinder erklären, es von den Erwachsenen gehört zu haben. Der Staatsanwalt läßt als milderbendigen Umstand gelten, daß die Angeklagten in einem Irrwahn handelten, der bedingungslos genährt und verbreitet werde. Es würden die wirklichen Verhältnisse nicht entsprechen, wenn gerade diese von einer gewissenlosen Hehe Verblendeten ihre Schuld allzu hart büßen müßten, während die Urheber und Verbreiter des Irrwahn von der Justiz nicht getroffen werden könnten. Der Verteidiger schließt sich dieser Ansicht an: Wenn man sieht, wie im Landtag und in anderen Körperschaften, wie in Wort und Bild zu Raub und Mord gegen die Juden aufgefordert wird, ohne daß dagegen Einspruch erhoben werde, wenn man sieht, daß die katilinarischen Existenten, welche die Hehe geschäftsmäßig betreiben, zu Namen, Ansehen und Vermögen gelangt sind, und doch nichts geschieht, was diesem Treiben Einhalt gebietet, dann darf man sich freilich nicht wundern, daß so beschämende Erscheinungen zu Tage treten wie in diesem Falle...

Ungehindert sehen die Journale ihr einträgliches Gewerbe fort; sie beschimpfen die Justizbehörden und den Untersuchungsrichter, der ihnen

nicht willkürlich genug ist, und ohne Bedenken über sie den nach dem Wortlaut des Pöbelgesetzes strafbaren, „dem Ausspruch des Gerichtes vorgehenden Einfluß auf die öffentliche Meinung“ aus. Verstraft hingegen wird der Verfasser eines Artikels, der zu äußern wagte, „daß gegen Hilner nicht der Schatten eines Beweises erbracht werden könne, und daß sich die ganze Anklage auf dem Gebiet der Hypothese bewege.“ Die liberale Presse beharrt im allgemeinen vornehme Zurückhaltung. Sie ist ängstlich bedacht, nach keiner Seite anzuhängen, und da sie das Geschäft nun einmal den Gegnern überlassen muß, behandelt sie den peinlichen Fall mit überlegenem Schweigen.

Im böhmischen Landtag in Prag erregt ein junger Abgeordneter, der Advokat Dr. Karl Vaza, Aufsehen mit einer Rede, in welcher er den Ritualmord als wissenschaftlich bewiesen hinstellt. Man ist nicht erkant, etwas später zu hören, daß der Bürgermeister von Polna über Intervention Vergandins den Advokaten Vaza veranlaßt hat, in dem bevorstehenden Prozeß die Vertretung der Mutter Druga als der Privatbeteiligten zu übernehmen. Dr. Vaza hat nunmehr die Möglichkeit, in die Akten Einsicht zu nehmen und gegebenenfalls gegen andere verdächtige Personen Subsidiaranklage zu erheben.

Wege der Wahrheitssucher

Nach der nur halb gelungenen Sache Kurzweil muß S. a. d. e. r. doppelte Anstrengungen machen. Sein Blatt braucht für die Mägen, die der Kantor von Jenikau angestrengt hat, unbedingt einen Wahrheitsbeweis.

Zu den Kämpfern für die gute Sache gehört auch der Saubmacher Sie. bei dem der kleine Moriz Hilner in der Lehre war, bevor die Familie abgeschoben wurde. Mit dem Jungen wird sich doch etwas anfangen lassen, wenn man ihn richtig anpackt! Der Schuster und der Berichterstatter saßen also nach Groß-Meseritsch, und

weil der eine nur tschechisch, der andere nur deutsch vertritt, nehmen sie den Fabrikanten Robotny aus Polna mit, der den Dolmetisch machen soll. Die Kosten der Expedition trägt das Redaktionsmittee. In Meseritsch lassen sich S. a. d. e. r. und Robotny in einem Restaurant nieder, während Sie es so einrichtet, daß er dem Jungen zufällig auf der Straße begegnet. Freundlich, wie „Ibis“ es noch nicht erlebt hat, spricht ihn der frühere Lehrherr an, unterhält sich mit ihm von der früheren Lehrzeit an, die sich jüngst ereignete, steht sich auch die Wohnung der Hilners an, die durch das Hochwasser stark gelitten hat, und nimmt ihn schließlich in das Restaurant mit. Ibis bekommt auch und einen Bierkeller Wein. Die Herren sind außerordentlich liebenswürdig, haben hundert Dinge zu fragen, bezwischen drängen sie in ihn, zu essen und zu trinken. Viel ist aus dem Bengel nicht herauszubekommen, also kriegt er noch ein Bierchen vorgelegt, und schließlich ein drittes. So ist er in seinem Leben noch nicht tranktiert worden. Der ungewohnte Wein steigt ihm zu Kopf, er redet viel und alles durcheinander, aber das, was man von ihm hören will, daß nämlich Kurzweil in der Nacht vor dem Mord bei Hilners gewesen ist, das will er um keinen Preis abgeben. Er ist schon völlig betrunken und weiß nicht, was er sagt, aber noch immer leugnet er Stein und Wein, den Kantor überhaupt zu kennen. Auch sonst ist nichts Brauchbares von ihm zu erfahren, und die drei fahren wenig befriedigt nach Polna zurück.

Ein Artikel, der kurz darauf im „Deutschen Volksblatt“ erscheint, weiß von der Weichte des Ibis Interessantes zu berichten. Den Wein fürzte der Junge mit jüdischer Bier herunter; nach dem dritten Bier wurde er gesprächig; nach dem dritten Glas aber legte er ein Geständnis ab, daß den Hören die Haare zu Berge standen...

Fortsetzung folgt.

Normale Rekonvaleszenz des Präsidenten Masaryk

Prag, Dienstag vormittags wurde über den Gesundheitszustand des Präsidenten der Republik nachfolgendes ärztliche Bulletin ausgegeben:

„Die Erholung des Präsidenten der Republik nimmt einen ganz normalen Verlauf. Die Sehkraft in der rechten Hälfte des Sehkreises ist fast völlig zurückgekehrt, wodurch auch die normale Möglichkeit des Gehens gegeben ist. Das geistige Arbeitsprogramm nimmt einen immer größeren Umfang an.“

Prag, den 16. Oktober 1934.

M.Dr. Adolf Maigner m. p.

Professor Dr. Josef Šelák m. p.“

Eine abgesagte SHF-Versammlung

Für Montag hatten die Henleinleute in Jglau eine konstituierende Versammlung einberufen. Die Einladungen waren schon ausgegeben und die Plätze vorbereitet. Herr Štomořovič, der mährische Landesleiter, sollte sprechen.

Als am Abend eine große Anzahl Arbeiter vor das Versammlungslokal kamen, erfuhren sie, daß die Versammlung abgesagt ist. Die Absage war im letzten Augenblick erfolgt.

Die Henleinleute scheinen erfahren zu haben, daß die sozialdemokratischen Arbeiter fest entschlossen waren, sich mit Herrn Štomořovič auseinanderzusetzen; solche Unterhaltungen erfreuen sich bei den getarnten Faschisten keiner besonderen Beliebtheit. Man konnte jedoch auch erfahren, daß die eigenen Anhänger der Henleinbewegung, insbesondere einige Arbeitnehmer aus der Umgebung Jglaus, wegen des Nichtauszahlens der Arbeitslosenunterstützung durch die Henleingewerkschaft empört sind und die Absicht hatten, Herrn Štomořovič einige Wahrheiten zu sagen.

Die zahlreich erschienenen Arbeiter kamen alsbald im „Schützenheim“ zusammen, wo sie unter dem Vorsitz des Genossen Šerzig eine improvisierte S-2-Versammlung abhielten. Genosse Karel Kern, Prag, erstattete ein mit großem Beifall aufgenommenes Referat, in dem er die Stellung der Partei zu Henlein umtrieb, über Probleme der tschechoslowakischen Arbeiterpolitik und über die internationale Lage sprach.

Die Arbeitslosigkeit in Nordböhmen im September 1934

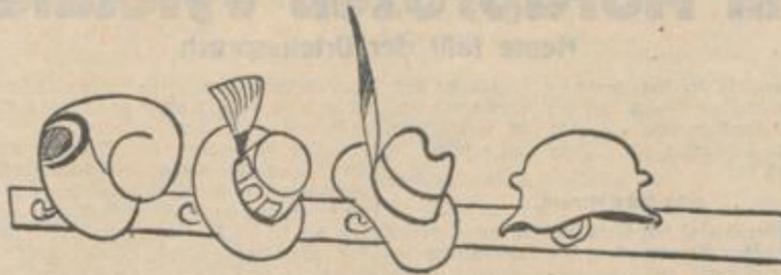
Ende September wurden in Nordböhmen 116.310 Arbeitslose ausgewiesen. Es ist dies die niedrigste Zahl im heutigen Jahre, um 1052, d. i. um 0,9 Prozent niedriger als Ende August, um 11.036, d. i. um 8,74 Prozent niedriger als Ende September 1933 und um 3699, d. i. um 3,10 Prozent niedriger als Ende September 1932. Von den im ganzen Staate ausgewiesenen 573.624 Arbeitslosen entfallen auf Nordböhmen 20,10 Prozent. Die größte Anzahl der Arbeitslosen erscheint wiederholt in den Industriebezirken ausgewiesen. Vor allem sind dies die politischen Bezirke: Reichenberg mit 10.882 Arbeitslosen, Tepliz-Štěpánov 9256, Gablonz a. N. 9060, Teichov 8931, Kuffig a. E. 7905, Roudnice 7860, V. Tepla 7872, Dux 7555, Brüx 6703, Friedland 6186, Schluckenau 6088 usw. Den Berufsgruppen nach zeigt sich im Vergleich mit dem Vormonat sowie im Vorjahre eine Erhöhung der Anzahl der Arbeitslosen nur bei den Bauarbeitern, im Vergleich nur mit dem Vormonat bei den Metall- und Tagelöhnern und beim Haushaltungspersonal, wogegen in den anderen Berufsgruppen ein weiterer Rückgang sowie gegenüber August 1934, als auch gegenüber September 1933 zu verzeichnen war, wie folgende Zahlen, bei denen die Daten von Ende August 1934 und von Ende September 1933 in den Klammern erscheinen, beweisen: Bauarbeiter 10.310 (9804, 9155), Metallarbeiter 10.155 (10.044, 11.978), Tagelöhner 9607 (9559, 10.062), Haushaltungspersonal 3089 (2939, 3156), Textilarbeiter 22.052 (22.376, 25.950), Hilfsarbeiter 17.607 (18.025, 19.991), Glasarbeiter 16.495 (17.373, 19.500), Holzbearbeitungsarbeiter 4308 (4351, 4654), Bergarbeiter 3262 (3285, 3599), landwirtschaftliche Arbeiter 3003 (3371, 3930) usw. Zur Verbesserung der Lage der Bau- und Tagelöhner, bei denen zufolge des Saisonverlustes mit einer Verschlechterung gerechnet werden muß, wurde mit der Durchführung einiger weiteren Investitions- und Hoffstandsarbeiten begonnen.

Verhaftungen in Dux

Am Sonntag war der kommunistische Stadtvertreter Čuša in Dux wegen verschiedener Verurteilungen in der Stadtvertreterei aus Anlaß der Ermordung des jugoslawischen Königs verhaftet worden. Die Kommunisten haben daraufhin in der Nacht von Montag auf Dienstag Fluchtgehalt verteilt. Noch in der Nacht wurden die Arbeiter Oskar Koda und Benjel Mlečič von der Polizei aufgegriffen und verhaftet. Man fand bei ihnen viel selbsthergestellte Flugzettel, deren Inhalt nicht wiedergegeben werden kann.

Am Dienstag früh hat die Prager Fahndungsabteilung nach den übrigen Mitbeteiligten gesucht und nach weitere Verhaftungen vorgenommen. Auch die Geheimdruckerei wurde bereits ausgeforscht.

Die Tarnkappen-Front



„Welche Kappe nehm' ich heute?“

Fünfkirchener Bergarbeiterstreik erfolgreich beendet

Budapest. Das ungarische Pressebüro meldet amtlich: Der Streik der Bergarbeiter in Fünfkirchen ist nunmehr endgültig beigelegt worden, nachdem die durch Vermittlung der Vertreter der Regierung geführten Verhandlungen zwischen der Bergwerksdirektion und den Bergarbeitern zur Einigung führten, wonach den Bergarbeitern außer einer Herbstaushilfe von 57.300 Pengö auch eine Winteraushilfe in der gleichen Höhe be-

willigt wurde und die Zusicherung gemacht worden ist, daß alle Bergarbeiter keine Reaktionsmaßnahmen zu befürchten hätten. Nachdem die Bergarbeiter die Bedingungen angenommen hatten, sind die im Hungerstreik verharrenden Knappen noch im Laufe der Nacht zum Dienstag nach vierstäglichem Hungerstreik wieder aus der Grube ausgefahren.

Kelemen ist Georgijew Durch die Fingerabdrücke identifiziert

Sofia. Die bulgarische Polizei hat von der französischen Polizei die Fingerabdrücke des angeblichen Peter Kelemen, des Mörders König Alexander, erhalten. Durch Vergleich dieser Fingerabdrücke mit jenen des mazedonischen Terroristen Georgijew wurde mit aller Bestimmtheit festgestellt, daß Kelemen und Georgijew ein und dieselbe Person sind.

Der Paß der Johanna Majerská

Verdächtigungen aus Budapest zurückgewiesen
Ein Prager amtlicher Bericht befaßt sich ausführlich mit dem Paß der in Budapest wohnhaften tschechoslowakischen Staatsbürgerin Johanna Majerská, der dieselbe Nummer 185.744 trug, wie der falsche Paß des Mörders Kelemen. Ungarische Wäppter hatten nämlich behauptet, daß der alte Paß der Majerská, der ihr bei der Ausstellung eines neuen Passes im Jahre 1932 abgenommen worden war, in die Hände der Attentäter geraten sei, und hätten daran Vermutungen über Beziehungen irgendeines Organes des Budapesters tschechoslowakischen Botschaftes zu den Attentätern geknüpft. Außerdem wurde das Konsulat verdächtigt, weil es den neuen Paß hinter dem Rücken der ungarischen Behörden der Majerská einlief in der Nacht abgenommen habe.

Hiezu wird amtlich mitgeteilt, daß sich die Gesandtschaft wegen der Nachforschungen nach der Majerská zunächst an die Budapesters Polizei gewendet habe und erst, als sie dort „Keinem genügen den Entgegenkommen“ begegnete, direkt — und zwar bei Tag — einen Beamten zu der Majerská gesendet habe. Der Paß wurde hierauf bei der Gesandtschaft hinterlegt. Der alte Paß der Majerská ist seit 5. Oktober 1932 bei der Gesandtschaft hinterlegt und in dieser Zeit nie in fremden Händen.

Die Aufbahrung in Belgrad

Belgrad. Der Sarg mit den sterblichen Überresten König Alexanders wurde am Mittelnacht auf Dienstag auf dem Belgrader Bahnhof von der Königinwitwe, dem Regentenschaftsrat, der gesamten Regierung, der Generalität und anderen hohen Staatsfunktionären erwartet. Durch ein dichtes Spalier der Bevölkerung wurde der Sarg in das alte Königschloß gebracht, wo die Totenmesse zelebriert wurde.

Um 6 Uhr früh wurde der Zutritt zur Wahre für die Bevölkerung freigegeben, die in dichter Reihe an dem Sarg vorbeizieht. Gegen Mittag erschien das diplomatische Korps, die Regierung und die Mitglieder der parlamentarischen Körperschaften.

Loyalitätskundgebung der Opposition

Günstig bemerkt wird in Belgrader Kreisen der Umstand, daß die ehemaligen Parteiführer, die seit dem Umsturz vom 6. Jänner 1929 dem neuen Regime gegenüber eine ablehnende Haltung eingenommen hatten, der Familie des Königs und der Regierung ihr Beileid ausgesprochen haben. So wird der bisher auf Gyar internierte Führer der slowenischen Volkspartei Korodac an der Leichenfeier persönlich teilnehmen. Der Führer der kroatischen Bauernpartei Dr. Maček, der sich im Karamer Gefängnis befindet, hat gleichfalls ein Beileidstelegramm geschickt, in dem er sich als fanatischer Anhänger der staatlichen Einheit bekennet und seiner Ergebenheit gegenüber der Krone Ausdruck gibt.

Auch Goering kommt!

Hitler hat als oberster Befehlshaber der Wehrmacht den General Goering als Sonderbevollmächtigten nach Belgrad entsendet. Goering soll dort am Grabe des Königs einen Kranz mit der Aufschrift „Ihrem einstigen heroischen Gegner in kämpferlicher Ergriffenheit, die deutsche Wehrmacht“ niederlegen.

Abreise der tschechoslowakischen Delegation

Prag, Dienstag um 13 Uhr 40 reiste mittels Sonderzuges vom Masarykbahnhof in Prag der Vorsitzende der Regierung Malypetr zum Begräbnis des König Alexander ab, wo er den Präsidenten der Republik vertreten wird. Zugleich reiste Verteidigungsminister Bradáč ab, der zusammen mit Justizminister Dr. Džerž, der sich in Preßburg anschließen wird, und Außenminister Dr. Eddard Beneš, der in Belgrad direkt aus Paris eintreffen wird, die Delegation der tschechoslowakischen Regierung zum Begräbnis des König Alexander bildet.

Parlament am 25. Oktober

Prag. Der Präsident der Republik hat unter Gegenzeichnung des Ministerpräsidenten zwei Handschreiben, datiert vom 16. d. aus Lina, erlassen, in denen er die Tagung der beiden Kammern der Nationalversammlung mit dem 19. Oktober für beendet erklärt und sie zur ordentlichen Herbsttagung für Donnerstag, den 25. Oktober, nach Prag einberuft.

S. A. I. und Moskau Die Brüsseler Verhandlungen

Brüssel. (Tsch. B.-B.) Am Montag abends traten der Vorsitzende der Sozialistischen Arbeiter-Internationale Vandervelde und ihr Generalsekretär Abler mit den Delegierten der III. Internationale Cachin und Thores zu einer Besprechung zusammen. Sie befaßten sich mit der Möglichkeit einer gemeinsamen Aktion der beiden Internationalen.

Die Vertreter der S. A. I. erklärten, daß die Stellung der Mitglieder der S. A. I. in jedem Lande eine andere sei und daß es ihnen nicht möglich wäre, bindende Beschlüsse ohne vorhergehende Beratungen mit den einzelnen Repräsentanten der S. A. I. zu fassen. Trotzdem sei es jetzt schon möglich, sich mit einer gemeinsamen Aktion zur Unterstützung des Proletariates in Spanien, wo am Sonntag das Mitglied des Vollzugsausschusses der S. A. I., Caballerov, verhaftet wurde, zu befassen.

„Wir bedauern, daß es uns nicht möglich ist, sofort gemeinsam, was Spanien anbetrifft, zu verhandeln, doch sind wir fest überzeugt, daß diese unsere heutige Zusammenkunft eine große Bedeutung besitzen wird für die weitere Entwicklung der Dinge,“ besagt das Kommuniqué, welches nach der Sitzung ausgegeben wurde.

Es wurde auch über die Annäherung der Sozialisten und Kommunisten in Frankreich verhandelt und der Beschluß gefaßt, daß das stenographische Protokoll über die Sitzung an alle zuständigen Organe beider Internationalen abgeschickt werden wird.

Der Endkampf der spanischen Revolution

Madrid. Wie aus Bilbao gemeldet wird, hat sich wiederum eine große Zahl asturischer Aufständischer den Regierungsbteilungen ergeben. Das „Hauptverdienst“ daran haben die Figueira, die die Lager der Aufständischen durch ihr Bombardement sehr bedrängten.

Der Widerstand der Revolutionäre ist in Asturien besonders zähe. Man schätzt die Zahl der Aufständischen auf 6000 Mann. Sie sollen gut bewaffnet sein, hauptsächlich deshalb, weil sie die Waffenfabrik in ihrem Besitz brachten. Das Blatt „El Sol“ nimmt an, daß in dieser Provinz etwa 600 Aufständische gefallen sind.

Revision der Todesurteile?

Madrid. (Gavas.) Dienstag wurde ein außerordentlicher Ministerrat einberufen, um einige von dem Militärgericht in Ojion gefällte Todesurteile zu überprüfen.

Vollkommene Übereinstimmung zwischen Dr. Beneš und Laval

Paris. Minister Dr. Beneš hatte Dienstag vormittags eine lange Unterredung mit dem französischen Außenminister Laval. Beide Minister stellten die volle Übereinstimmung ihrer Ansichten in den Fragen der Außenpolitik fest.

Außerdem hatte Minister Dr. Beneš eine Zusammenkunft mit dem Finanzminister Germain-Martin und mit dem Handelsminister Lamoureux, mit dem er über die französisch-tschechoslowakischen Handelsvertragsverhandlungen sprach.

Am Nachmittag stattete Minister Dr. Beneš dem britischen Botschafter Sir Georges Clerk einen Besuch ab.

Minister auf Hitler vereidigt

Berlin. Das Reichskabinett hat ein Gesetz über den Eid der Reichsminister und der Mitglieder der Landesregierungen angenommen, wonach die Minister schwören: „dem Führer des Deutschen Reiches und Volkes Adolf Hitler treu und gehorham“ zu sein. Von einer Verfassung ist nicht mehr die Rede, sondern nur von der Wahrung der Gesetze. Wie durch ein Versehen ist in der Eidesformel auch noch der Passus stehen geblieben, daß die Geschäfte „unparteiisch und gerecht gegen jedermann“ geführt werden sollen.

Zwölferausschuß und Exekutive

Prag, Dienstag vormittags traten zu gemeinsamer Beratung der Zwölferausschuß der sozialistischen Staatsangelegtenorganisationen unter dem Vorsitz des Senators Dr. Karas mit den Vertretern der Exekutive zusammen. Diese betonten die Vereinstimmigkeit der Exekutive, bei der Lösung der Forderungen mitzuarbeiten. Zu den vorgebrachten Ansichten der Delegierten der Exekutive nahm der Zwölferausschuß in Fortsetzung seiner eigenen Sitzung Stellung und schloß den Zeitpunkt für die zweite gemeinsame Sitzung mit Dienstag, den 28. Oktober, vormittags, fest.

